



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Der arme alte Commendatore zerrte hilf-, rat- und hoffnungslos an seinem Schnurrbart, und ein feines Ohr konnte mehrmals das Wort „ungeheuerlich“ vernehmen.

Und nun, bat Susanna mit strahlender Freundlichkeit, küsse mich auf beide Wangen und gib mir deinen Segen!

Sie hob das Gesicht und hielt es ihm hin, aber er wich zurück.

Mein Kind, sagte er eindringlich, ich habe nicht die Macht, dich zurückzuhalten, und weiß aus Erfahrung, daß dir, wenn du dir etwas in deinen lieben verdrehten kleinen Kopf gesetzt hast, mit Vernunftgründen so wenig beizukommen ist wie einem echten hebräischen Juden. Deshalb kann ich nichts tun, als dich bitten, dich anziehen, dieses unerhörte Vorhaben aufzugeben. Auf meinen Knien will ich dich bitten. Nicht um meinetwillen, sondern um deinetwillen, um deiner toten Eltern willen beschwöre ich dich! Bleibe ruhig hier in Sampaolo, und wenn du es durchaus nicht lassen kannst, die Vergangenheit wieder aufzurühren, so will ich mich mit diesem unbekanntem Vetter in Verbindung setzen und dir bei allem behilflich sein.

Wieder schmolzen Susannas Augen — doch diesmal lauerte kein Schall im Hintergrunde.

Du bist gütig und geduldig, sagte sie weich, und mir ist nichts gräßlicher, als rücksichtslos zu erscheinen. Aber was soll ich tun? Ich kann meinen Entschluß nicht rückgängig machen! Und ich kann dir nichts abschlagen, wenn du so sprichst wie eben. Deshalb — verzeh, wenn ich mir kurzerhand aus dem Dilemma helfe!

Damit lief sie an den Rand des Quais und sprang von da in das kleine Fahrzeug. Avanti — avanti! rief sie den Ruderern zu, die sofort das Boot lösten und zu den Riemen griffen. Dann warf sie ihrem Vormund außer Dienst eine Fußhand zu und rief: Addio, Commendatore! Ich schreibe dir von Venedig aus!

(Fortsetzung folgt)



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel, Handelsvertrag, Dampferfrage, Königsberger Sozialistenprozeß — die drei Hauptgegenstände des öffentlichen Interesses drehn sich um Rußland, vom asiatischen Kriege und der von englischer Seite wieder angeschnittenen Dardanellenfrage völlig abgesehen. Vorweg sei hierbei bemerkt, daß auch in England Preßpolitik nicht Staatspolitik ist, und daß die starken Drohungen in den englischen Zeitungen gegen Rußland in einem recht bemerkenswerten Gegensatz stehen zu der ruhigen und reservierten Haltung der englischen Regierung im Unterhause. Bei der großen Neigung, die auf dem Kontinent, zumal in Deutschland, besteht, die Äußerungen englischer Zeitungen maßlos zu überschätzen und einen Times- oder Standardartikel als ein Evangelium, ein Roma locuta est anzusehen, enthält gerade die jetzige Situation von neuem die recht eindringliche Lehre, daß auch in England nur mit Wasser gekocht wird. Die englische Regierung hat zwar Kriegsschiffe in Bewegung gesetzt und die Torpedodivisionen in Gibraltar seeklar machen lassen, Deutschland ist aber, ohne daß es ein Pfund Steinkohlen verbraucht hätte, mit seinen Reklamationen viel schneller zum Ziele gekommen. Es hat auf seinen Protest hin die Rückgabe der beschlagnahmten Postfäcke, Entschuldigung, Entschädigungszusage und Freipässe für die deutschen Postdampfer erlangt, und zwar binnen sehr kurzer Frist und ohne jeden Preßlärm.

Preßlärm hat es freilich auch bei uns gegeben, aber nur in der demokratischen und der sozialdemokratischen Presse sowie bei einigen andern Blättern, die die Heße gegen Rußland für ein ebenso billiges und ungefährliches wie einträgliches Geschäft halten. Der Phrasenaufwand, der sich gegen Rußland verarbeiten läßt, ist ja ganz

unerschöpflich und in der Regel desto größer, je weniger die Verfasser solcher Artikel von Rußland wissen und verstehen. Als ein leuchtendes Beispiel solcher Phrasendrescherei mag zum Beispiel ein Artikel einer Berliner demokratischen Zeitung gelten, der wörtlich sagte: „Weil das Bülow'sche Deutschland sich bei jeder Gelegenheit vor Rußland gedemütigt hat, darum glaubt Rußland, Deutschland en canaille behandeln zu können.“ Und weiter: „Die Engländer schicken sofort ihre Flotte los, wir schicken nur eine Protestnote.“

Wie steht es diesen Phrasen gegenüber in der Wirklichkeit?

Tatsächlich sind die Engländer schlechter behandelt worden und haben ihren Dampfer „Malakka“ mit Ladung für ihr ostasiatisches Geschwader erst in Algier wieder freibekommen. Verständiger als die Chauvin im Unterhause und in der Presse hat die englische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß sie dem Prinzip des Durchsuchungsrechts der Kriegsschiffe einer kriegführenden Macht gegenüber neutralen Handelsschiffen aus naheliegenden Gründen die Anerkennung nicht verweigern könne. Kommen Mißgriffe und Übergriffe vor, die ja im Kriege oft unvermeidlich sein werden, so bleibt eben nur übrig, Genugtuung und gegebenenfalls Entschädigung zu verlangen. England wäre sicherlich die letzte Macht, die auf die möglichst freie Bewegung Kriegführender zur See verzichten würde und verzichten könnte.

Die Vorgänge im Roten Meere haben die Aufmerksamkeit auf zwei Kategorien von Schiffen gelenkt, auf die Postdampfer und die Hilfskreuzer. Jede Großmacht muß die Respektierung ihrer Postflagge und ihrer amtlich versiegelten Posttransporte, Postsäcke usw. verlangen. Das ist eine Frage der Würde, weil es die offizielle Postflagge ist, die dabei in Betracht kommt. Ob unterwegs aufgenommene Posten dieselbe Vorzugsbehandlung beanspruchen dürfen wie die mit dem Transportiegel der Heimatbehörden versehenen, ist der einzig strittige Punkt. So muß zum Beispiel die Korrespondenz der japanischen Gesandtschaft in Berlin nach Tokio, sobald sie unter Berliner oder Hamburger und Bremer Postiegel geht, unbedingt unantastbar und vor der Durchsuchung geschützt sein. Etwas anders wäre es dagegen, wenn japanische oder englische Konsuln und Agenten in den Häfen des Mittelmeers, Suez, Aden usw. sich der deutschen Postdampfer bedienen würden, um mittelst dort an Bord gegebener Korrespondenzen Berichte über die russische Ostseeflotte, falls sie auf ihrer Ausreise diese Häfen etwa berührt hätte, nach Tokio einzusenden. Praktisch würde man also auf eine internationale Verabredung hinauskommen, wonach eine kriegführende Macht zur See für die neutralen Postdampfer eine Zone festzusetzen hätte mit der Maßgabe, daß für die innerhalb dieser Zone aufgegebene Korrespondenz ein Durchsuchungsrecht nicht besteht, das erst nach Überschreitung dieser Zone in Kraft treten darf.

Die modernen Verkehrsmittel und Verkehrseinrichtungen erheischen gebieterisch neue Normen gegenüber den ältern Traditionen des Seekrieges, die damit noch nicht zu rechnen hatten. Was die Hilfskreuzer anlangt, so hat bekanntlich nicht Rußland allein diese Einrichtung, sondern auch Deutschland, England, Frankreich, Italien und Amerika würden im Kriegsfall einen Teil ihrer schnellgehenden Personendampfer, die schon im Frieden dafür bestimmt und vorbereitet sind, als Hilfskreuzer verwenden. Die Schwierigkeit liegt augenblicklich darin, daß die russischen Kreuzer unter der Handelsflagge die Dardanellen passiert, die Durchfahrt also gewissermaßen erschlichen und dann erst im Mittelmeer die Kriegsflagge gehißt haben. Aber Krieg ist Krieg, und im Kriege gelten alle Vorteile und Kriegslisten. Es wäre z. B. sehr wohl denkbar, daß Hilfskreuzer auch anderer Mächte den Heimathafen oder sogar einen Hafen des Auslands unter der Handelsflagge verließen und erst von einem bestimmten Punkte ab unter Kriegsflagge fahren. Diese Frage wird auch durch internationale Beratungen schwer zu regeln sein, weil sich kein Staat für den Kriegsfall der möglichen Vorteile wird berauben wollen. Auch eine Bestimmung, daß alle in Kriegsdienst gestellten Hilfskreuzer den Heimathafen unter

der Kriegsflagge zu verlassen hätten, würde nichts helfen. Wer soll die Innehaltung dieser Bestimmung kontrollieren? Sie wäre auch nur zugunsten Englands, das auf der ganzen Welt Häfen hat und die nach Plymouth, Southampton usw. zuständigen Personendampfer auf den verschiedensten Punkten der Erde in Hilfskreuzer umwandeln kann. Ebenso würde Deutschland nicht behindert sein, die bei Ausbruch eines Krieges in Ostasien liegenden oder dorthin gehenden Schnelldampfer in Tsintau in Hilfskreuzer umzuwandeln. Jeder Flottenstützpunkt wäre in einem solchen Falle Heimathafen. Die russischen Hilfskreuzer sind nur so ungeschickt gewesen, ihre Kräfte zuerst an deutschen und an englischen Schiffen unter Überschreitung des Durchsuchungsrechts zu erproben, auf die Gefahr hin, mit englischen Kriegsschiffen dabei in Konflikt zu kommen.

Die guten Freunde und schlechten Musikanten in der Politik werfen dem Reichskanzler vor, daß er sich mit einem papiernen Proteste begnügt und nicht „die Flotte losgeschickt“ oder — wie die Sozialdemokraten es verlangen — zu einer englisch-deutschen Flottendemonstration gegen Kronstadt die Hand geboten habe. In einigen sozialdemokratischen Blättern kommt sogar — frei nach Reineke Fuchs — ein Stück „Flottenbegeisterung“ zum Durchbruch, und es fehlt nicht an Gimpeln, die in diesen „schönen Regungen“ der sozialdemokratischen Seele das nun endlich beginnende Morgenrot einer patriotischen Periode der Sozialdemokratie sehen. Nein, um das alles handelt es sich gar nicht, sondern allein um Verhegung gegen Rußland. Die Sozialdemokratie hätte gar zu gern einen großen Druck der öffentlichen Meinung gegen Rußland zustande gebracht, obwohl — oder weil? — ein drohendes Auftreten Deutschlands gegen seinen östlichen Nachbarn den casus foederis des Zweibundes sofort ins Leben gerufen hätte! Graf Bülow hat das Säbelrasseln den Engländern überlassen und ist sehr gut dabei gefahren. Wie man sieht, kann der russisch-japanische Krieg durch „unerwartete Ereignisse“ zu allerlei Überraschungen führen, um so mehr sollten die öffentliche Meinung in Deutschland und die Presse auf der Hut sein, sich nicht von tendenziösen Lärmmachern in eine falsche Richtung drängen zu lassen. Wie sehr ein Teil der deutschen Presse heutigentags noch in den Auffassungen der politischen Kinderstube befangen ist, ergibt sich unter anderm aus einem „Unparteiischen Organ für Jedermann“ in Hannover, das unter der Überschrift „Rosaftisch“ sich über „das naive Vertrauen“ beklagt, das die Reichsregierung Rußland entgegenbringe, und dazu wörtlich folgenden Satz leistet: „Während andre Staatskanzleien und vor dem auch das von Bismarck geleitete Deutschland immer die große asiatische Gefahr, die dem Westen drohe, nicht in dem japanischen Kulturvolke, sondern in dem Rußland, wie es regiert wird, und wie es internationale Politik treibt, gesehen haben und alle Zeit en vedette waren, hat die deutsche Reichsregierung um die Jahrhundertwende und bis zu diesem Augenblick eine russische Freundschaft gesucht und zu besitzen geglaubt, welche bei der Verschiedenheit der Kultur und des sittlichen Standpunktes unmöglich war.“

Dann folgen noch einige Faselien von der „bescheidenen Bülow'schen Beschwerde“ in Petersburg, der höhnennden Antwort Rußlands usw. Nun, die „bescheidne Beschwerde“ hat jedenfalls unverzüglich den gewünschten Erfolg gehabt, und jeder vernünftige Deutsche wird mit dem Verhalten des Reichskanzlers gerade in diesem Punkte durchaus einverstanden sein und ihm Dank wissen. Was aber die russische Freundschaft anlangt, so hat doch Fürst Bismarck von seinem Amtsantritt im Jahre 1862 an bis an das Ende seiner Ministerlaufbahn die Pflege und die Festigung dieser Freundschaft als die erste seiner Aufgaben behandelt, obwohl Fürst Gortschakow mit seinen französischenden Neigungen und seiner eiteln Selbstbewunderung ihm das nicht wenig erschwert hat. Das Bündnis mit Österreich im Jahre 1879 hat Bismarck erst infolge russischer Drohungen geschlossen, und es ist zur Genüge bekannt, wie schwer Kaiser Wilhelm der Erste sich zur Ratifizierung des Vertrags entschlossen hat. Aber nach Abschluß dieses Bündnisses hat gerade

Bismarck dafür gesorgt, daß Rußland uns nicht entfremdet wurde. Im Jahre 1881 wurde in Danzig ein Geheimvertrag mit Kaiser Alexander dem Dritten geschlossen, dem 1884 in Ekternewice ein auf die Dauer von drei Jahren von Deutschland, Rußland, Österreich gezeichneter Dreikaiservertrag folgte, der der Erhaltung des Status quo in Europa galt. 1887 wurde dann ein Vertrag zwischen Deutschland und Rußland von neuem auf drei Jahre geschlossen, der gerade im Augenblick des Rücktritts des Fürsten Bismarck verlängert werden sollte, bekanntlich aber nicht verlängert worden ist. Wie Kaiser Wilhelm der Erste seinen Enkel auf dem Sterbebett ermahnt hatte, er möge sich mit Rußland gut stellen, so hat Fürst Bismarck nach seinem Rücktritt immer wieder das Abreißen des nach Petersburg führenden Drahtes bedauert, seine Wiederanknüpfung dringend empfohlen und diesem Räte noch in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ umfangreiche Betrachtungen gewidmet.\*)

Die Vorwürfe des hannoverschen Blattes für Jedermann gegen den jetzigen Reichszanzer zeugen demnach von einer auffallenden politischen Unwissenheit und Unkenntnis historisch feststehender, weltbekannter Tatsachen. Wir sind Rußland in seiner Notlage während des Krimkriegs trotz divergierender Anschauungen ein wohlwollender Freund und Nachbar geblieben, ebenso während des polnischen Aufstandes. Rußland hat dafür mit seinem Verhalten während unsrer Einigungskämpfe quittiert. Das Dankestelegramm Kaiser Wilhelms des Ersten an Alexander den Zweiten nach dem Fall von Paris ist hierfür ein geschichtliches Zeugnis, ebenso der Besuch des russischen Kaisers in Berlin und Koblenz kurz vor dem Einzuge der Sieger. Wollten wir Rußland in seiner jetzigen Lage mit Rippenstößen statt mit freundnachbarlichem Wohlwollen behandeln, so würde man in Petersburg mit Recht annehmen, daß die verbrecherische Gehässigkeit der deutschen Sozialdemokratie, die sich von dem Verhalten ihrer französischen Gefinnungsgeossen nicht belehren läßt, der Ausdruck der öffentlichen Meinung Deutschlands sei. Der Tag der Gegenleistung würde, da der Krieg in Ostasien doch nicht ewig dauern wird, nicht auf sich warten lassen.

Die Belästigungen der deutschen Schiffe durch die russischen Kreuzer fielen bekanntlich mitten in die Norderneyer Verhandlungen und sind da sicherlich von beiden Teilen sehr unangenehm empfunden worden, um so gewisser war aber auch die Aussicht, daß wir mit Rußland sehr schnell zur Verständigung über diese Mißgriffe gelangen würden, um so schneller, je weniger wir mit der Faust auf den Tisch schlugen. Der Erfolg der deutschen Politik ist sowohl hinsichtlich der Schiffe als in bezug auf den Handelsvertrag ein vollständiger.

Daß der Handelsvertrag nicht ohne Zugeständnisse an Rußland zu erlangen war, und daß dieses nicht zugleich auf landwirtschaftlichem und auf industriellem Gebiet Konzessionen machen würde und konnte, ist selbstverständlich. Aber die deutsche Industrie wird es verstehen, sich mit der Situation abzufinden, um so mehr als das Importbedürfnis in Rußland nach dem Kriege zunächst recht groß sein wird. Es ist die Rede davon, daß der Reichstag schon demnächst wieder zusammentreten solle, um den Vertrag zu genehmigen, der dann am 1. Januar in Kraft zu treten hätte. Es solle das ein Druck auf die Verhandlungen mit Österreich sein, die noch stark im Rückstande wären. Da die Verhandlungen im August wieder aufgenommen werden — die Wiederaufnahme war schon für Juli vorgesehen und wurde durch den verlängerten Aufenthalt des Grafen Posadowsky in Norderney verzögert —, ist eine Zusammenberufung des Reichstags zunächst wenig wahrscheinlich, aber sie könnte immerhin viel früher geschehn, als ursprünglich in Aussicht genommen war.

Die Sozialdemokratie hält Siegesfeiern anlässlich des Ausganges des Königsberger Prozesses. Sie hat von ihrem Standpunkt allen Grund dazu, denn sie hat es durch geschickte Benutzung der Umstände erreicht, sich der eigentlichen Leitung

\*) Graf Bülow bewegt sich mithin genau in der Richtung der Bismarckschen Politik.

des Prozesses zu bemächtigen und vor einem preussischen Gerichtshofe ein regelrechtes Anklageverfahren gegen Rußland und die russische Regierung zu etablieren. So etwas zuzulassen, kann nicht die Aufgabe preussischer Gerichte sein. Gegen die auf einer Berliner Volksversammlung mit großem Gepolter vorgetragne Absicht, den Kampf gegen die russische Regierung mit allen Mitteln weiterführen zu wollen, wird sich hoffentlich ein starker Riegel finden.

Zu der Notiz im vorigen Reichs-Spiegel über die Niederschrift König Wilhelms zu Götting am 5. Juli 1866 ist ergänzend zu bemerken, daß die erste Veröffentlichung nicht durch Lettow-Vorbeck, sondern durch Sybel geschehen ist. In seiner „Begründung des Deutschen Reichs“ V, 221 findet sich die betreffende Notiz. Bemerkenswert ist, daß während der König die „Abtretung“ der hannoverschen Erbansprüche auf Braunschweig verlangt, Bismarck vier Tage später in einem Erlaß an den Gesandten Grafen von der Goltz in Paris, Pardubitz, 9. Juli „die Anerkennung unsrer Successionsansprüche auf Braunschweig“ (durch Hannover) unter den von Preußen aufzustellenden Bedingungen auführt. (Ebenda S. 250.)

\*8\*

Zukunftspädagogik. Eine Übersicht über die zahllosen Vorschläge zu einer Erziehungs- und Schulreform und ihre Sichtung nach dem Grade der Brauchbarkeit ist keine ganz unnütze Arbeit. Wilhelm Münch hat sie in einem Buche versucht, das sich zunächst durch seinen in Anbetracht der Stoffmasse kleinen Umfang empfiehlt: Zukunftspädagogik. Utopien, Ideale, Möglichkeiten. (Berlin, Georg Reimer, 1904.) Das Utopische, meint er, dürfe man nicht verspotten, dem revolutionär klingenden nicht die Ohren verschließen, denn es lasse sich nicht genau voraus bestimmen, was in Zukunft einmal möglich sein wird, und von Fachmännern werde immer jede tiefgreifende Änderung als revolutionär verschrien, möge sie auch noch so notwendig sein. Überdies wiederholten unsre modernen Schulrevolutionäre vielfach nur, ohne es zu ahnen, was schon die Autoritäten des pädagogischen Jahrhunderts und die großen Geister einer entferntern Vergangenheit gesagt und gefordert hätten. Er hat aus der unübersehbaren Fülle nur herausgegriffen, was ihm das originellste zu sein schien, und die ausgewählten Reformatoren nicht nach der Zeitfolge geordnet, sondern so, daß das Radikalste den Anfang macht und allmählich das Maßvolle und Praktischere zu Worte kommt. Er beginnt demgemäß mit der Schwedin Ellen Key, der man jetzt so oft in deutschen Zeitschriften begegnet, und zeigt, wie sich in ihr Revolutionäres mit Reaktionärem auf das wunderbarste verbindet. Von ihrem Studienplan sagt er: „Man könnte sich über manchen dieser Punkte mit ihr verständigen, wenn bei dieser Schriftstellerin zum Verständigen so viel Neigung wäre wie zum Verblüffen.“ Es folgen einige bei uns wenig bekannte Franzosen, dann der Amerikaner John Dewey, und die Reihe der Deutschen, unter denen wir auch Ratorp finden, beginnt mit Güßfeldt und Gurlitt. Seine eignen Vorschläge, praktische Ausblicke nennt er sie, leitet er mit einer Abgrenzung ein. „Zu hoch gehen alle Erwartungen, die eine völlige Erneuerung des erzieherischen Geistes in der gesamten Nation oder Gesellschaft einschließen, eine Periode des reifen Bewußtseins, des geklärten reinen Willens bei den Erziehenden kommen sehen, eine Einsicht und Selbstbeherrschung auch der bloß natürlichen Erzieher, wie sie allein der Aufgabe wirklich entspräche, die Herrschaft einer edel sozialen Gesinnung als Frucht und als Grundlage allgemein guter Erziehung. Schwerlich Wertvolles könnte man erwarten bei der Durchführung solcher Vorschläge, bei denen man glaubt, die Grundlagen der bestehenden Organisation nur umkehren zu müssen, um das Rechte aufzubauen zu können. . . . Daß man verwickelte Fragen der Unterrichtsorganisation zu leicht nimmt, ist eine weitere Art der Verfehlung bei vielen der angeführten Vorschläge. . . . Ungerechtigkeit schließt in vielen Fällen die Beurteilung der bestehenden Schulerziehung ein. Als Wirkung der Schule wird nicht selten hingestellt, was vielmehr Wirkung

des Kulturlebens der Gegenwart ist.“ Zu den Übelständen, an deren Überwindung ernsthaft gedacht werden müsse, rechnet er das vielfach unbefriedigende Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern. „Daß das Bestehen einer besondern Schülermoral, deren Lizenzen in einer andern Lebenssphäre höchst anstößig sein würden, nicht als etwas Harmloses und für die weitere Charakterbildung Gleichgültiges hinzunehmen sei, darin haben einige von den oben besprochenen Schriftstellern ganz recht. Schlimm ist es namentlich, daß die außen stehenden Erwachsenen jene Lizenzen ihrerseits als selbstverständlich berechtigt anzuerkennen pflegen, nicht schlechtthin aus sittlicher Oberflächlichkeit, sondern zum Teil auch aus Verständnis der inneren Situation. Das Mittel aber zur Überwindung ist zweifellos eine vollere innere Befreiung der Zöglinge, mehr Anregung und weniger Einengung, mehr freundschaftliche Führerstellung und weniger mißtrauende Zensettigkeit, mehr Verständnis der Jugend und weniger Starrheit der Maßstäbe, mehr guter Humor und weniger kleinliches Nörgeln, mehr gefördertes Selbstvertrauen und weniger Angst, mehr Würdigung der individuellen Unterschiede und weniger Schablone.“ Als Strömungen und Stimmungen der heutigen Kulturwelt, denen auch in der Schule Rechnung getragen werden müsse, bezeichnet er die Denkmüdigkeit, die Freude an einem kräftigen Wollen und das Verlangen danach, die Abneigung gegen den Intellektualismus und den Univerfalisismus. Was die Frauenbildung betrifft, so meint er, daß ihre angebliche bisherige Vernachlässigung, über die man sich entrüstet, nicht eben sehr zu beklagen sei; man werde doch nicht behaupten wollen, daß die Intelligenz, die Urteilsfähigkeit, das Weltverständnis, das geistige Interesse der Frauen der gebildeten Stände dem der Männer so viel nachstehe wie Zeit und Umfang des planmäßigen Lernens. Und wie könne man die Knabenerziehung für Mädchen gerade jetzt verlangen, wo jene so scharf kritisiert und mit einem völligen Umsturz bedroht werde? In Beziehung auf die Verwaltung und die Schulaufsicht hält der Verfasser ein wenig republikanische Mitregierung für wünschenswert, einen aus Praktikern bestehenden Beirat, den der preußische Unterrichtsminister gewiß gern hören werde, denn die Zentralinstanz für das Unterrichtswesen in Preußen sei nicht im mindesten unzugänglich; das sei weder eine Schmeichelei noch eine captatio benevolentiae, sondern einfache Wahrheit, wie jeder Kundige bestätigen müsse. Innerhalb der öffentlichen Schulen könne die Gefahr der Erstarrung nur dadurch beschworen werden, daß ein gewisses Maß von Bewegungs- und Versuchsfreiheit gelassen werde; der Gebiete, auf denen dies möglich sei, ohne daß man Verwirrung befürchten müsse, gebe es nicht wenige.

---

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

---

**Kupferberg  
Gold.**

---